

Version 13. Mai 2015

Einleitung

IndustriALL ist der festen Überzeugung, dass alle erwerbstätigen Frauen und Männer das Recht auf eine gerechte Verteilung der Früchte ihrer Arbeit haben. Wir müssen danach streben, eine globale Gemeinschaft aufzubauen, in der Macht und Chancen geteilt werden. Wir fordern Menschenrechte für alle sowie das Recht auf ein Leben in Würde, Sicherheit, Frieden und Solidarität – frei von Vorurteilen und Ungerechtigkeit.

Angesichts anhaltender Angriffe auf die Koalitionsfreiheit durch Kapital und Regierungen bleibt die Erhöhung der Mitgliederzahlen und des tarifpolitischen Deckungsgrads eine große Herausforderung für die globale Gewerkschaftsbewegung.

Die globale Gewerkschaft IndustriALL als Vertretung von IndustriearbeitnehmerInnen ist eine wichtige Kraft der globalen Solidarität. Sie kämpft für bessere Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte in der ganzen Welt. Wir verstehen uns als eine Organisierung und Kampagnen durchführende Organisation mit der Selbstverpflichtung, eine Führungsrolle an der Seite der ArbeitnehmerInnen im Kampf für Recht, Fairness, Würde und Gerechtigkeit wahrzunehmen.

Der zweite IndustriALL Global Union Kongress vom 5.-7. Oktober 2016 in Rio de Janeiro verabschiedet diese politische EntschlieÙung in Ergänzung zum Aktionsplan 2016-2020, der die fünf strategischen Hauptziele der IndustriALL festlegt.

Ungleichheit

Heutzutage verfügt das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung über mehr Reichtum als die restlichen 99 Prozent. Diese globale Ungleichheit ist eine soziale und wirtschaftliche Krise. Die Ungleichheit wächst innerhalb und zwischen den Ländern. ArbeitnehmerInnen büßen Löhne, Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz ein. Zunehmende Ungleichheit trifft die ohnehin bereits benachteiligten Gruppen der Gesellschaft am härtesten.

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Bericht „In It Together: Why Less Inequality Benefits All“ und die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) in ihrem „2015 World Employment Social Outlook“ rufen die Regierungen dazu auf, Maßnahmen gegen die zunehmende Ungleichheit zu ergreifen.

Seit 2000 hat die Einkommensungleichheit zugenommen, und dieser Trend wird durch die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse verstärkt. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, dass zunehmende Ungleichheit das

Wirtschaftswachstum hemmt. Die Armutsquoten sind noch höher unter befristet Beschäftigten und selbständig Erwerbstätigen.

IndustriALL beschließt, auch weiterhin für ein Wirtschaftsmodell zu kämpfen, das auf Recht, Gerechtigkeit und Würde beruht und von starken Gewerkschaften gestützt wird.

Straffreiheit der Wertschöpfungskette

In den Industriebranchen herrscht ein nicht nachhaltiges und zutiefst ausbeuterisches Geschäftsmodell. Multinationale Konzerne gliedern ihre Produktion an Zulieferer aus, die existenzsichernde Löhne, Gewerkschaftsrechte oder sichere Arbeitsplätze oftmals nicht garantieren. Dieses Wirtschaftsmodell führt zu einem globalen Senkungswettlauf bei den Arbeitsbedingungen, da die Regierungen auf Kosten der Erwerbstätigen und der Gesellschaft als solche um Investitionen konkurrieren, etwa durch Steuerbefreiungen oder die Ausbeutung von Rohstoffen, ohne Mehrwert im Land zu realisieren.

Die Strategie sozialverantwortlicher Unternehmensführung (CSR) und ihr Hauptinstrument, die Prüfung der Zuliefererketten, hat keinerlei Rechtsverletzungen und Verstöße aufgedeckt. Sie nutzt den Konzernen und nicht der Arbeitnehmerschaft. Viele Beispiele zeigen, dass die CSR-Strategie und ihre Instrumente bei der Aufdeckung, Berichterstattung und Korrektur von Problemen in den Zuliefererketten ineffizient ist. Sie war weder in der Lage, die Löhne und Arbeitszeiten zu verbessern noch dafür zu sorgen, dass die Koalitionsfreiheit respektiert wird.

Arbeitnehmerrechte werden in den Zuliefererketten immer weniger geachtet. In der Bekleidungsindustrie fiel der Arbeitnehmerrechtsindex der oberen 20 Bekleidungsexporteure in die USA von 1989 bis 2010 um 73 Prozent. Gleichzeitig verringerte sich der Preis für die von ihnen produzierten Waren um 42 Prozent.

Der Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) von 2016 zeigt den Skandal in der globalen Wertschöpfungskette einer in nur 50 Konzernen verborgenen Arbeitnehmerschaft von 116 Millionen Menschen auf. Nach der Untersuchung des IGB könnte mit den Bargeldbeständen von 25 Konzernen in Höhe von 387 Milliarden US\$ der Lohn jedes einzelnen ihrer 71,3 Millionen Arbeitnehmer pro Jahr um über 5000 US\$ erhöht werden. Aber nur 6 Prozent von ihnen sind dort direkt beschäftigt. In allen Phasen der Wertschöpfungskette fertigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Produkte oder tragen mit Dienstleistungen dazu bei, dass Unternehmen massive Profite einfahren und es sich sehr gut leisten könnten, allen Beschäftigten in ihren Zuliefererketten einen menschenwürdigen Lebensstandard zu garantieren.

Derzeit leidet die Weltwirtschaft unter einer Haftungslücke. Viele Unternehmen behaupten zwar, die Arbeitnehmerrechte in ihren Zuliefererketten anzuerkennen, versäumen es aber, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, damit diese Rechte auch tatsächlich respektiert werden. Regierungen übernehmen für die ausländischen Zulieferer ihrer Unternehmen kaum

Verantwortung. Die Länder, in denen diese Zulieferer angesiedelt sind, haben zwar oftmals Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind aber nicht dazu bereit, diese durchzusetzen. Daher brauchen wir ein Rückverfolgungssystem in den Zuliefererketten und mehr Verantwortung der Unternehmen und Regierungen für ihre Zuliefererketten. Obligatorische und rechtsverbindliche Regeln sind unerlässlich um die Transparenz und Rechenschaftspflicht in den Zuliefererketten zu fördern.

IndustriALL beschließt, sich dafür einzusetzen, dass multinationale Konzerne für die Arbeitsbedingungen entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zur Verantwortung gezogen werden und fordert rechtsverbindliche Vorschriften, einschließlich eines IAO-Übereinkommens über Zuliefererketten.

Kampf für Demokratie und Frieden, Widerstand gegen den Terror

Komplexe politische Probleme können nur durch multilaterale politische Initiativen gelöst werden. Die einzige Alternative zu verantwortungslosen Kriegen ist eine gerechte und nachhaltige Diplomatie. Unsere tunesischen Schwestern und Brüder wurden im Jahr 2015 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Sie haben gezeigt, dass Gewerkschaften beim Aufbau demokratischer und friedlicher Gesellschaften eine Schlüsselrolle spielen können.

Hierzu gehören die Forderung nach und die Umsetzung von Menschenrechten, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und wachsendem Wohlstand für alle, und zwar überall in der Welt. Nur wenn diese Standards überall auf gleiche Weise gelten und eine gerechte Weltordnung geschaffen wird, kann allen Arten von Terrorismus der Nährboden entzogen werden.

IndustriALL wendet sich energisch gegen den Terror. Wir lehnen es ab, uns auf den Weg von Radikalismus und Xenophobie umsteuern zu lassen. Wir lassen und nicht einschüchtern oder zum Hass treiben. Wir kämpfen mit den stärksten Waffen gegen den Terror: mit Menschenwürde, gegenseitigem Respekt und Toleranz.

Der „Krieg gegen den Terror“ tötet Tausende, aber der Krieg gegen Gewerkschaften zwingt Millionen in die Armut. Wir werden die Verletzung von Gewerkschaftsrechten nicht zulassen und halten Angriffen auf Gewerkschaftsmitglieder weltweit stand.

Solidarität mit Flüchtlingen

IndustriALL weist alle Versuche der Stigmatisierung von Flüchtlingen zurück. Sie sind Opfer politischer und wirtschaftlicher Gewalt in ihren Herkunftsländern. Heutzutage fliehen weltweit mindestens 60 Millionen Menschen vor Armut, Hunger, Krieg und Verfolgung. Sie brauchen unsere Hilfe.

Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht und verlangt auf Menschlichkeit, Solidarität und Inklusion beruhende Antworten. Die Gewerkschaftsbewegung muss gemeinsam dafür eintreten, um die emotionalen, kulturellen, gesetzlichen und institutionellen Bedingungen dafür zu schaffen, dass Flüchtlinge

aufgenommen und so schnell und effizient wie möglich integriert werden. Wir müssen unser Engagement fortführen, um Spaltungen und Nationalismen zu überwinden und eine gemeinsame Antwort auf diesen humanitären Notstand zu finden. Zudem muss die internationale Gemeinschaft Entwicklungsländer bei der Lösung von Konflikten unterstützen, zu deren Entstehen sie beigetragen hat, und ihnen helfen, sich wirtschaftlich zu entwickeln, damit sie die Lebensqualität ihrer Bevölkerung und ihre Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen, verbessern. Das bedeutet, dass internationale Institutionen und die geopolitischen Großmächte die Ursachen des Exodus' der Flüchtlinge wie etwa unfaire Handelsabkommen beseitigen.

Gewerkschaften müssen bei der Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft eine Rolle spielen und alle Gewaltakte gegenüber Flüchtlingen so scharf wie möglich verurteilen. Rechtsradikale und Rechtspopulisten nutzen die entsetzliche Notlage der Flüchtlinge und die Schwachstellen der Regierungspolitik für ihre eigenen Ziele aus. Gewerkschaften tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt fair behandelt werden. Zugang zu Sprachkursen, Bildung, Ausbildung, medizinischer Versorgung, Beschäftigung und angemessene Hilfe und Unterstützung sind für eine faire Integration in die Gesellschaft unabdingbar. IndustriALL lehnt es ab, Flüchtlinge und Migranten als billige Arbeitskräfte unter prekären Bedingungen auszunutzen, etwa in Form von irregulärer Arbeit, Zwangs- oder Kinderarbeit. Auch eine Verschlechterung oder Beseitigung bestehender Standards ist inakzeptabel.

IndustriALL beschließt, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Werte sind, die für alle gelten und sich in Respekt, Anerkennung und Würde von Fremden transformiert werden müssen. Unsere Anstrengungen sind weiterhin darauf gerichtet, die Ausbeutung von Flüchtlingen und Migranten in den Zuliefererketten zu verhindern, indem wir bei Regierungen, zwischenstaatlichen und Multi-Stakeholder-Initiativen auf globaler Ebene unsere Hebel in Bewegung setzen.

Handel

Internationaler Handel kann den Erwerbstätigen auf der ganzen Welt Nutzen bringen, doch er muss öffentlich beaufsichtigt werden, damit die Arbeitnehmerrechte strikt eingehalten werden. Bislang hat es die WTO jedoch versäumt, einen globalen Handelsrahmen zu schaffen, der die Bedürfnisse der Menschen über die des globalen Kapitals stellt. Stattdessen erleben wir eine Reihe von bilateralen und regionalen Handelsabkommen, die nichts zur Unterstützung menschenwürdiger Arbeit und nachhaltiger Entwicklung beitragen.

Mit den Verhandlungen oder Unterzeichnungen einer neuen Generation von Handelsabkommen, die weit über das hinausgehen, was wir bislang zur Förderung von Konzerninteressen gesehen haben, hat eine neue Ära begonnen. Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, die Transpazifische Partnerschaft, das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen und eine Reihe anderer Abkommen versuchen, die Regulierung des globalen

Handels in dramatischer Weise zu verändern und die gescheiterte Politik der Vergangenheit zu wiederholen.

Ein Hauptproblem des TPP ist der Investitionsschutz-Mechanismus (ISDS), der multinationalen Konzernen das Recht einräumt, souveräne Staaten zu verklagen und sie vor ein intransparentes Schiedsgericht zu bringen. Der öffentliche Druck zwang die EU dazu, ein transparenteres und demokratischeres Investitionsgerichtssystem vorzuschlagen.

IndustriALL fordert eine grundlegende Neubewertung der Art und Weise, wie Handel stattfindet, damit dieser den Erberbstätigen und den Gesellschaften, in denen sie leben, zugute kommt. Handel muss für eine bessere Umverteilung des Wohlstandes zwischen und innerhalb von Ländern sorgen und eine gescheiterte neo-liberale Wirtschafts-ideologie ablehnen, die auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung beruht und von dieser neuen Generation von Handelsabkommen immer noch unterstützt wird. Wir fordern eine neue globale Debatte über einen gerechten Handelsrahmen, der demokratische Standards und das öffentliche Interesse wahrt und über den Spielraum verfügt, die Menschen an oberste Stelle zu setzen.

IndustriALL fordert, dass

- a. alle Handelsabkommen verbindliche Arbeitnehmer-, Gewerkschafts- und Sozialrechte einschließen.
- b. alle Unterzeichner eines Handelsabkommens die IAO-Kernarbeitsnormen und andere IAO-Übereinkommen ratifiziert und vollständig umgesetzt haben. Handelsabkommen offen und transparent verhandelt werden müssen, um zu verhindern, dass Konzernlobbys ihre Agenda hinter verschlossenen Türen durchsetzen, ohne echten und konsequenten demokratischen Verfahren unterworfen zu sein.
- c. alle Formen von Investor-Staat-Schiedsverfahren abgelehnt werden, welche die nationale Souveränität untergraben, indem sie geheime juristische Gremien stärken und die sozialen und ökologischen Gesetze der Mitgliedsstaaten infrage stellen.
- d. öffentliche Dienstleistungen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse oder Regelungen der öffentlichen Auftragsvergabe kein Bestandteil von Handelsabkommen sind.
- e. Handelsabkommen das Recht der Staaten voll anerkennen, auf ungerechte Handelspraktiken zu reagieren, u.a. Dumping, illegale Subventionen und Unterstützung oder Ausweitung von Überkapazitäten in der Stahl- und Aluminiumindustrie und anderen Branchen.
- f. keine Schritte unternommen werden, um China den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren ohne öffentliche Debatte über alle sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Auswirkungen, die Stärkung der bestehenden Handelsschutzinstrumente und die Verbesserung der Sozial-, Arbeits- und Umweltbedingungen in China.

IndustriALL muss in der globalen Gewerkschaftsbewegung und der Gesellschaft ihre Rolle spielen, um unsere Vision eines gerechten

Welthandels zu entwickeln, der für alle geeignet ist und nicht nur für das obere 1 Prozent.

IndustriALL beschließt, Handels- und Investitionsabkommen auch weiterhin abzulehnen und dagegen vorzugehen, wenn sie unsere Mindeststandards nicht erfüllen. Wir sind aber gewillt und bereit, unsere Rolle in einer offenen und demokratischen Debatte zu spielen, um eine alternative, transparente globale Handelspolitik zu entwickeln, in deren Zentrum die Interessen unserer Mitglieder stehen.

Steuergerechtigkeit und hochwertige öffentliche Dienstleistungen

Steuern sind keine Last. Sie sind die Voraussetzung für das Leben in einer zivilisierten Gesellschaft. IndustriALL ist aktives Mitglied der Kampagne zur Schließung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen, durch die reiche Konzerne und Einzelpersonen die Zahlung ihres gerechten Anteils vermeiden können.

Ein Ende der Steuervermeidung und die Einführung von Initiativen wie die Finanztransaktionssteuer würden auf nationaler Ebene die notwendigen Finanzmittel liefern, um alle Menschen mit der Bildung, der Gesundheitsvorsorge, den Sanitäreinrichtungen, der Unterbringung und der Nahrung zu versorgen, auf die sie ein Recht haben.

Die gewerkschaftliche Antikorruptionskampagne beruht auf der Annahme, dass eine Fokussierung auf die Beendigung der Wirtschafts- und staatlichen Korruption zu Milliarden Dollar Steuereinnahmen führen würde.

Gesellschaften sollten daran gemessen werden, wie sie mit den Verwundbaren und Benachteiligten umgehen. Hierfür sind hochwertige öffentliche Dienstleistungen unerlässlich.

IndustriALL beschließt, sich für Steuergerechtigkeit und gegen Sparpolitik einzusetzen und unterstützt wirtschaftliche Strategien, die auf Fertigung und Investitionen beruhen.

Energiepolitik

IndustriALL erkennt an, dass die Staaten im Bezug auf ihren generellen Energiemix unterschiedliche Entscheidungen treffen werden. Dieser beruht vor allem auf einheimischen nationalen Ressourcen, der Versorgungssicherheit und den nationalen Umständen.

Kernprinzip der IndustriALL in dieser Debatte ist, dass der Strukturwandel zu einer umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Wirtschaft gerecht und fair für die Arbeitnehmerschaft sein muss.

IndustriALL beschließt, die Entwicklung eines ausgeglichenen Energiemixes in den betroffenen Ländern durch demokratische Diskussionen zu unterstützen und zu akzeptieren, dass der Energiemix von Land zu Land stark variieren wird.

Digitalisierung und Industrie 4.0

Die industrielle Fertigung durchläuft jetzt und in Zukunft eine technologische Revolution und die weitere Digitalisierung der Produktion. Die Risiken eines Arbeitsplatzabbaus durch fortgeschrittene Robotik und den Ersatz von Arbeitsplätzen sind offensichtlich.

Auch wenn dieser grundlegende Wandel große Vorteile für Arbeitnehmerschaft, Gemeinschaften und Gesellschaften haben und für einen besseren Lebensstandard sorgen kann, wird IndustriALL keinen Strukturwandel ohne die notwendigen gerechten Übergangsprogramme für die betroffenen ArbeitnehmerInnen akzeptieren.

Industrie 4.0 hat das Potenzial, die Welt, die wir kennen, zu verändern, und wir brauchen tatsächlich eine fundierte Diskussion darüber, wie wir diese Chance nutzen können, um sie zum Besseren zu wandeln, ohne die systematischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu verschärfen.

IndustriALL beschließt, eine nachhaltige industriepolitische Strategie über Digitalisierung und Industrie 4.0 zu entwickeln, sich gegen einen Strukturwandel ohne die absolut notwendige soziale Gerechtigkeit einzusetzen und für einen gerechten Strukturwandel für die betroffenen ArbeitnehmerInnen zu kämpfen.

Schon immer standen die Gewerkschaften an der Spitze des sozialen Fortschritts. IndustriALL Global Union ist stolzer Teil unserer globalen Bewegung der Arbeitnehmermacht. Gemeinsam stellen wir uns Kräften des Kapitals entgegen, die versuchen, die Rechte und das Wohlergehen der ArbeitnehmerInnen zu untergraben.